MfS dienende

- politisch-operativ bedeutsame möglichst bewiesene Informationen zu erarbeiten (Pläne und Absichten des Gegners, Wer ist wer?-Informationen usw.),
- politisch-operative Wirkungen zu erzielen (Vorbeugung, Zersetzung usw.).

Diese Aspekte bilden den einheitlichen Rahmen für den Inhalt der Untersuchungsplanung.

Dabei ist eine Grundforderung an die Untersuchungsplanung unbedingt zu beachten: Sie muß begründet sein. Sie muß sich aus den vorliegenden Informationen ohne jede Spekulation ableiten lassen.

Ausreichende Informationen, die eine qualifizierte Untersuchungsplanung ermöglichen, können bereits im operativen Ausgangsmaterial enthalten sein. Dann hat die Untersuchungsplanung bereits im Zusammenhang bzw. im Ergebnis der Durcharbeitung und Einschätzung des operativen Ausgangsmaterials zu beginnen.

In der Regel liegen ausreichende Informationen als Grundlage für die Untersuchungsplanung nach der Erstvernehmung und weiteren ersten Beweisführungsmaßnahmen vor.

Daraus resultiert auch die in der Linie IX als Regel geltende Zehn-Tage-Frist für eine erste, dem gegebenen Erkenntnisstand entsprechende und in sich geschlossene schriftliche Untersuchungsplanung.

In der Untersuchungspraxis gibt es jedoch auch Ermittlungsverfahren, in denen die ersten zehn Tage nach Einleitung objektiv nicht ausreichen, um ausreichend Informationen zu erarbeiten, die eine erste, in sich geschlossene Untersuchungsplanung ermöglichen. Dann ist vom Referatsleiter bzw. vom stellvertretenden Abteilungsleiter oder auch vom Abteilungsleiter begründet und eindeutig der Termin festzulegen, bis zu dem eine erste in sich geschlossene Untersuchungsplanung zu erfolgen hat.